

Niederschrift

über die gemeinsame Sitzung des Schul- und Jugendhilfeausschusses am Dienstag, den 05.05.2015, 17:30 Uhr, im Rathaus der Stadt Eschweiler, Ratssaal, Johannes-Rau-Platz 1, 52249 Eschweiler.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau Ratsmitglied Monika Medic	SPD
Herr Ratsmitglied Dietmar Schultheis	SPD

Ratsmitglieder SPD-Fraktion

Frau Ratsmitglied Nicole Dickmeis	SPD
Frau Ratsmitglied Edeltraud Lindner	SPD
Herr Ratsmitglied Jörg Löschmann	SPD
Frau Ratsmitglied Petra Ott	SPD
Herr Ratsmitglied Achim Schyns	SPD
Herr Ratsmitglied Ugur Uzungelis	SPD
Herr Ratsmitglied Frank Wagner	SPD

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Dr. Christoph Herzog	CDU
Herr Ratsmitglied Frank Kortz	CDU
Herr Ratsmitglied Wilfried Maus	CDU
Frau Ratsmitglied Maria Mund	CDU
Herr Ratsmitglied Mark Pützer	CDU
Herr Ratsmitglied Bernd Schmitz	CDU
Für RM Thomas Graff	CDU

Ratsmitglieder Fraktion DIE GRÜNEN

Herr Ratsmitglied Franz-Dieter Pieta	Bündnis 90/ Die Grünen
Frau Gabriele Pieta	Bündnis 90/Die Grünen

Sachkundige Bürger SPD-Fraktion

Herr Thorsten Müller	SPD
Herr Norbert Prenzyna	SPD
Herr Christian Zylus	SPD

Sachkundige Bürger CDU-Fraktion

Herr Florian Weyand	CDU
Für SkB Marco Vreydal	CDU

Sachkundige Bürger FDP-Fraktion

Frau Dagmar Göbbels	FDP
---------------------	-----

Sachkundige Bürger UWG-Fraktion

Frau Inge Wiese	UWG
-----------------	-----

Sachkundige Bürger Fraktion DIE LINKE

Frau Renate Dittrich	Die LINKE
----------------------	-----------

Weitere stimmberechtigte Mitglieder

Frau Mariethres Kaleß	Dt. Kinderschutzbund e.V.
Frau Petra Kogel	SkF e.V.
Frau Andrea Pfeiffer	Kinderferienwerk Eschweiler-Röhe e.V.
Herr Leonhard Rath	Arbeiterwohlfahrt e.V.
Herr Heinz-Peter Wiesen	Stadtjugendring

Sachkundige Einwohner

Herr Pfarrer Hannokarl Weishaupt	Katholische Kirche
----------------------------------	--------------------

Weitere beratende Mitglieder

Herr Guido Dohmen		Vertreter der Kindertageseinrichtungen
Herr Wolfgang Gerhards		Katholische Kirche
Herr Winfried Grunewald		Städtisches Gymnasium Eschweiler
Herr Joachim Herzog		Vertreter der Städtischen Gesamtschule
Herr Dr. Josef Michels		Gesundheitsamt StädteRegion Aachen
Herr Markus Neufeind		Vertreter der Schulen
Frau Anita Permantier		Vertreterin der Kindertageseinrichtungen
Herr KHK Franz Schmitz		Polizeipräsidium Aachen - K44 -
Herr Gerd Schnitzler		Sprecher der Schulleiterkonferenz
Frau Birgit Schultes-Zartmann		Vertreterin der Hauptschulen
Frau Sabine Seifert	für Schulleiter Eßer	
Frau Michaela Silbernagel		Vertreterin der Realschule
Frau Erika Spies		UWG
Herr Pfarrer Wolfgang Theiler		Evangelische Kirche
Frau Melanie Urban		Jugendamtselementar
Frau Dorothea Weißels		FDP

Von der Verwaltung

Frau Annika Dohmen		Azubi
Herr Roland Hampel		Verwaltung
Herr Beigeordneter und Stadtkämmerer Stefan Kaefer		Verwaltung
Frau Michaela Nießen		Verwaltung
Frau Nicole Schiffer		Verwaltung
Frau Petra Seeger		Verwaltung
Herr Jürgen Termath		Verwaltung
Herr Olaf Tümmeler		Verwaltung
Herr Uwe Weiland		Verwaltung

Gäste

Herr Ratsmitglied Rudi E. Lennartz		Piratenpartei
------------------------------------	--	---------------

Schritfführer/in

Herr Michael Effenberg		Verwaltung
------------------------	--	------------

Abwesend:

Ratsmitglieder CDU-Fraktion

Herr Ratsmitglied Thomas Graff		CDU
--------------------------------	--	-----

Ratsmitglied DIE LINKE

Herr Ratsmitglied André Schulze		Die LINKE
---------------------------------	--	-----------

Sachkundige Bürger CDU-Fraktion

Herr Marco Vreydal		CDU
--------------------	--	-----

Weitere stimmberechtigte Mitglieder

Herr Sven Krott		Karnevals-Komitee der Stadt Eschweiler e.V.
-----------------	--	---

Sachkundige Einwohner

Herr Paul Frings		Arbeiterwohlfahrt e.V.
Herr Pfarrer Thomas Richter		Evangelische Kirche

Weitere beratende Mitglieder

Herr Karlmartin Eßer		Vertreter der Willi-Fährmann-Schule
Frau Christiane Müller		Agentur für Arbeit Aachen-Düren
Integrationsratsmitglied Kasim Ramic		Internationales Team
Herr Hartmut Schwentke		Jobcenter StädteRegion Aachen
Frau Gertrud Wollschläger-Dulle		Vormundschaftsgericht/Jugendrichterin

Gäste

Herr Schulamtsdirektor Gerd Funk
Frau Claudia Jungherz
Frau Karin Krings
Herr Schulamtsdirektor Wolfgang Müllejans

Gemeindeverwaltung Langerwehe

Die Vorsitzende des Jugendhilfeausschusses, Frau RM Medic, eröffnete die gemeinsame Sitzung des Jugendhilfe- und des Schulausschusses um 17.30 Uhr und begrüßte die Ratsmitglieder, die sachkundigen Bürger, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreter der Presse sowie die anwesenden Zuhörer.

Der Vorsitzende des Schulausschusses stellte fest, dass die Einladung zur gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfe- und des Schulausschusses sowie die Tagesordnung frist- und formgerecht zugegangen seien und die Beschlussfähigkeit des Jugendhilfe- und des Schulausschusses gegeben sei.

Er erklärte, aufgrund des nicht absehbaren Zeitpunktes der Genesung des Herrn Schulleiter Eßer (Willi-Fährmann-Schule – Förderschule im Verbund) sei entgegen der ursprünglichen Tagesordnung zunächst die Verpflichtung der stellvertretenden Leiterin der Willi-Fährmann-Schule, Frau Sabine Seifert, vorgesehen. Er erläuterte zudem, dass eine Behandlung der ursprünglich als Tagesordnungspunkt 11.3 vorgesehenen Thematik als neuer Tagesordnungspunkt 12 notwendig sei, da anstelle des ursprünglich vorgesehenen mündlichen Berichts eine entsprechende Tischvorlage in den Schulausschuss (Verwaltungsvorlage Nr. 164/15) eingebracht wurde.

Weitere Änderungswünsche/Änderungswünsche zur Tagesordnung wurden nicht vorgetragen, so dass die Tagesordnung in der nachstehenden Reihenfolge beraten wurde:

Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses

1	Einführung und Verpflichtung von Ausschussmitgliedern	353/14
2	Änderung der Elternbeitragsatzungen für Kindertagespflege, Kindergärten und Offene Ganztagschulen zum 01.08.2016	093/15
3	Einrichtung von Elternhaltestellen	117/15
4	Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung	138/15
5	Kenntnisgaben	
5.1	Fortsetzung der Schulsozialarbeit in den Grundschulen	049/15
6	Anfragen und Mitteilungen	
6.1	Willi-Fährmann-Schule- Genehmigung der Förderschule im Verbund der Stadt Eschweiler durch die Bezirksregierung Köln zum 01.08.2015 - mündlicher Bericht	

Nicht öffentlicher Teil

- 7 Anfragen und Mitteilungen

Öffentlicher Teil

Anschließende Sitzung des Schulausschusses

8	Bestellung eines stimmberechtigten Vertreters für die Schulkonferenz der KGS Bohl zur Wahl des Schulleiters / der Schulleiterin	016/15
---	---	---------------

9	Neugestaltung des Schulhofes an der GGS Weisweiler	134/15
10	Kenntnisgaben	
10.1	Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an weiterführenden Schulen;	126/15
10.2	Entwicklung der Schülerzahlen an den Grundschulen in der Stadt Eschweiler und Prognose für die Schuljahre 2015/16 bis 2020/21	128/15
10.3	Preisverleihung "JugendPlus 2014"	031/15
11	Anfragen und Mitteilungen	

Nicht öffentlicher Teil

12	Lernmittelfreiheit für das Schuljahr 2015/2016	164/15
13	Kenntnisgaben	
13.1	Sanierung der naturwissenschaftlichen Fachräume in der Gesamtschule Waldschule	145/15
13.2	Zustimmung zur Besetzung der Stelle einer Schulleiterin / eines Schulleiters	038/15
13.3	Qualitätsanalyse an der Willi-Fährmann-Schule aus dem Schuljahr 2014/15	002/15
14	Anfragen und Mitteilungen	

Öffentlicher Teil

Gemeinsame Sitzung des Schulausschusses und des Jugendhilfeausschusses

1 Einführung und Verpflichtung von Ausschussmitgliedern 353/14

Frau Sabine Seifert, Konrektorin an der Willi-Fährmann-Schule, wird vom Vorsitzenden des Schulausschusses als Vertreterin der Willi-Fährmann-Schule / sonstiges beratendes Schulausschussmitglied eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet.

Frau Seifert sprach nachfolgende Verpflichtungsformel:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Stadt Eschweiler erfüllen werde.“

Auf die zulässige religiöse Beteuerung mit den Worten „Ich verpflichte mich, so wahr mir Gott helfe“ oder Beteuerungsformeln als Mitglied anderer Religions- und Bekenntnisgemeinschaften verzichtete sie.

2 Änderung der Elternbeitragssatzungen für Kindertagespflege, Kindergärten und Offene Ganztagschulen zum 01.08.2016 093/15

Herr Beigeordneter Kaever erläuterte umfassend die Gründe, die zu einer Überarbeitung der derzeitigen Satzungen zu den Elternbeiträgen in Kindertagesstätten / Kindertagespflege bzw. zum Offenen Ganztagesbetrieb führten und legte umfassend die bereits erzielten Verbesserungen in verschiedenen Bildungs- und Jugendbereichen, z.B. der Beschluss der Fortsetzung der Schulsozialarbeit an Grundschulen, die Erhöhung und Vereinheitlichung der Entgelte für die OGS-Kooperationspartner oder die baulichen Verbesserungen an den Bauten der Kindertagesstätten dar. Er erläuterte zudem, die in der Verwaltungsvorlage dargelegten Änderungen begründeten sich im Wesentlichen auf Anmerkungen der GPA im Rahmen einer Prüfung im Jahr 2014. Auch

wenn die Anmerkungen der GPA lediglich empfehlenden Charakter hätten, sei die Stadt Eschweiler von Seiten der Kommunalaufsicht aufgefordert worden, bis zum 30.06.2015 zu den maßgeblichen Punkten Stellung zu nehmen. Er wies darauf hin, dass vielfältige Änderungen berücksichtigt worden seien, die Satzungsentwürfe in der dargestellten Form jedoch über Jahre hinweg als nachhaltig und sinnvoll angesehen werden können.

Herr RM Schyns erklärte, die einheitlichen Entgeltgruppen seien sinnvoll und es sei ein moderater Erhöhungsvorschlag. Allerdings vermisse die SPD-Fraktion eine Darstellung der finanziellen Auswirkungen für den Fall, dass gleichzeitig die bisherige Geschwisterkindregelung für die Kindertagesstätten und die bisherige Geschwisterkindregelung für systemübergreifende Fälle beibehalten werde. Diese Regelungen stellten eine wesentliche Entlastung für viele Eltern dar und aus der Vorlage gehe nicht hervor, inwieweit die Beibehaltung finanzielle Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Eschweiler hätte. Er schlug daher vor, die finanziellen Auswirkungen einer Geschwisterkindregelung zu berechnen, in die Verwaltungsvorlage einzuarbeiten und diese dann erneut zur Beschlussfassung vorzulegen. Als Kompensationsmöglichkeit könne der rechtlich mögliche Spielraum im Rahmen der OGS-Beiträge durch Schaffung zusätzlicher Einkommensgruppen ausgenutzt werden.

Frau SKB Göbbels erklärte, die Verwaltungsvorlage habe sie erst spät erreicht. Da ihr eine Abstimmung mit der Fraktion nicht mehr möglich gewesen sei, enthalte sie sich gegebenenfalls bei der entsprechenden Abstimmung.

Frau SKB Spies erkundigte sich nach der Fortschreibung des im GPA-Bericht auf Seite 7 dargestellten Fehlbedarfs im Jahr 2012. Herr Beigeordneter Kaever erklärte hierzu, die Zahlen seien fortgeschrieben und für das Jahr 2014 ein Betrag i.H.v. 6 Mio. € ermittelt worden. Er wies darauf hin, dass sich die Elternbeitragsquote in der jüngeren Vergangenheit nicht zugunsten der Eltern entwickelte.

Frau SKB Wiese wies auf die starre Einkommensstaffelung hin und erkundigte sich nach Härtefallregelungen für Fälle, in denen das Einkommen einer Familie eine Stafflungsgrenze minimal überschreitet. Herr Beigeordneter Kaever erklärte hierzu, dies sei die Natur einer Stafflung, so dass Ausnahmen in diesen Fällen nicht möglich seien.

Herr RM Schmitz schloss sich dem Vorschlag des Herrn Schyns zur erneuten Beratung nach Analyse der Auswirkungen einer Geschwisterkindregelung an, bat jedoch zusätzlich darum, zu prüfen, wie viele Kinder von einer solchen Regelung betroffen wären.

Frau Urban sprach sich für eine Geschwisterkindregelung aus.

Herr Beigeordneter Kaever erklärte, die gemeinsame Beitragssatzung stelle ein komplexes System mit Auswirkungen auf die Beiträge zur Kindertagespflege/Kindertagesstätten einerseits und für den Besuch der offenen Ganztagschulen andererseits dar. Änderungen auf einer Seite hätten grundsätzlich auch Auswirkungen auf die andere Seite.

Der Fortfall der Geschwisterkindregelung habe wesentlichen Einfluss auf die moderaten Beitragserhöhungen gehabt, so dass eine Beibehaltung dieser Regelung Auswirkungen auf den gesamten übrigen Satzungsinhalt einschließlich der Beitragssätze haben würde. Dies müsse jedoch eingehend geprüft werden.

Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig bei einer Enthaltung (Frau SKB Göbbels).

Die Mitglieder des Jugendhilfe- und des Schulausschusses beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, die Möglichkeiten der Beibehaltung der bisherigen Geschwisterkindregelungen zu prüfen und dem Jugendhilfe- und dem Schulausschuss eine erweiterte bzw. in diesem Sinne optimierte Fassung der Verwaltungsvorlage Nr. 093/15 zur Vorberatung vor Beschlussfassung im Stadtrat vorzulegen.

3 Einrichtung von Elternhaltestellen

117/15

Herr RM Schyns wies auf den der Maßnahme zugrunde liegenden Antrag der SPD-Stadtratsfraktion hin.

Frau SKB Göbbels verwies auf entsprechende Modellversuche in den Städten Aachen und Alsdorf und erkundigte sich nach Erkenntnissen aus diesen Versuchen. Herr AVors. Schultheis erklärte, die Akzeptanz sei immer abhängig von den lokalen Bedingungen. Daher seien die Erkenntnisse über Versuche in Aachen oder Alsdorf nicht auf die Stadt Eschweiler übertragbar. Frau Seeger ergänzte, derartige Projekte seien maßgeblich vom Willen der Eltern abhängig. So existierten in Eschweiler bereits einige freiwillige Sammelplätze für Fahrzeuge ähnlich einer Elternhaltestelle, ohne dass dies einer Anordnung oder Umsetzung durch die Stadt bedurfte.

Herr RM Schyns bat darum, dem Schulausschuss im Jahr 2016 über die Erfolge des Projekts zu berichten.

Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig.

Die Mitglieder des Jugendhilfe- und des Schulausschusses beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, in Weisweiler, im Bereich „Auf dem Driesch“ und unmittelbar vor der Kath. Grundschule Dürwiß, auf der Konrad-Adenauer-Straße - wie im Sachverhalt der Verwaltungsvorlage Nr. 117/15 näher bezeichnet - Elternhaltestellen einzurichten und nach einem Zeitraum von ca. einem Jahr einen Bericht über die gemachten Erfahrungen vorzulegen.

4 Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung 138/15

einstimmig

Die Mitglieder des Jugendhilfe- und des Schulausschusses beschließen, die Verwaltung zu beauftragen, zur Entwicklung einer integrierten Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung dem Jugendhilfeausschuss und dem Schulausschuss im 4. Quartal 2015 ein umfassendes Konzept zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen

5 Kenntnisgaben

5.1 Fortsetzung der Schulsozialarbeit in den Grundschulen 049/15

Herr RM Schyns wies auf die ungeklärte Frage der Finanzierung von Schulsozialarbeit an Grundschulen in. Er erklärte, es könne nicht Aufgabe einer Kommune sein, die Schulsozialarbeit zu finanzieren; da es sich um eine freiwillige Ausgabe handele, könnten sich Kommunen, in denen die Sozialarbeit dringend benötigt würde, diese nicht mehr leisten (Nothaushalt pp.). Seiner Auffassung nach handele es sich um eine Aufgabe des Bundes. Herr RM Schmitz entgegnete, die Anschubfinanzierung von Seiten der Bundesregierung entbinde das Land nicht von seiner Regelungs- und Finanzierungspflicht in Schulangelegenheiten. Von dort sei jedoch nur eine Teilfinanzierung bis zum Jahr 2017 vorgesehen.

Herr Schnitzler erklärte, die Schulsozialarbeit habe sich als sinnvoll, wenn nicht sogar als unverzichtbar für die Schulen erwiesen, da es sich um Präventivarbeit handele, die nachhaltige Effekte zeigen werde.

Frau SKB Spies erkundigte sich nach der Fortführung des Projekts „Flügel Schlag“ und bat insbesondere um Mitteilung, ob andere Gruppen und das Hauptnetzwerk bestehen blieben. Herr Termath erklärte, es sei mit den Vertretern aller Arbeitsgruppen kommuniziert worden; die Fortführung sei gesichert.

Herr Beigeordneter Kaefer wies darauf hin, dass es sich bei Schulsozialarbeit um soziale Arbeit an Schulen handele. Insofern stelle die Schulsozialarbeit eine Maßnahme der Jugendhilfe an Schulen dar, die nach dem SGB VIII geregelt werde und auch entsprechend finanziert werden müsse.

Die Mitglieder des Jugendhilfe- und Schulausschusses nehmen den in der Verwaltungsvorlage Nr. 049/15 dargestellten Sachverhalt zur Kenntnis.

6 Anfragen und Mitteilungen

6.1 Willi-Fährmann-Schule- Genehmigung der Förderschule im Verbund der Stadt Eschweiler durch die Bezirksregierung Köln zum 01.08.2015 - mündlicher Bericht

Frau Seeger erklärte, die Bezirksregierung Köln habe die Fortführung der Willi-Fährmann-Schule im Verbund mit dem zukünftigen Teilstandort in Stolberg genehmigt. Neben den bereits vorhandenen Förderschwerpunkten „Lernen“ und „emotionale und soziale Entwicklung“ sei auch der Förderschwerpunkt „Sprache“ genehmigt worden. Insofern seien beide Standorte gesichert.

Sie erläuterte, die Bezirksregierung Köln habe noch nicht die öffentlich-rechtliche Vereinbarung genehmigt, da die in § 6 I der Vereinbarung enthaltene Regelung, nach der kommunalpolitische Beschlüsse der Stadt Eschweiler, die die Stadt Eschweiler in ihrer Eigenschaft als Schulträgerin fasst und die unmittelbaren Auswirkungen auf die Stadt Stolberg oder den dortigen Standort haben, der Zustimmung der Stadt Stolberg bedürfen, in dieser Form nicht statthaft sei. Die Möglichkeit der Einflussnahme der Stadt Stolberg sei in diesem Fall zu groß. Frau Seeger sagte die Vorlage einer geänderten Fassung zur nächsten Sitzung des Rates der Stadt Eschweiler zu.

Anschließende Sitzung des Schulausschusses

8 Bestellung eines stimmberechtigten Vertreters für die Schulkonferenz der KGS Bohl zur Wahl des Schulleiters / der Schulleiterin 016/15

einstimmig

Die Mitglieder des Schulausschusses genehmigen die durch Herrn Bürgermeister Bertram und Herrn Ratsmitglied Graff am 15.01.2015 nach § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW gefasste dringliche Entscheidung, nach der als stimmberechtigtes Mitglied für die Wahl der Schulleiterin oder des Schulleiters Herr RM Peter Gartzten in die Schulkonferenz der KGS Bohl als Vertreter des Schulträgers entsandt wurde.

9 Neugestaltung des Schulhofes an der GGS Weisweiler 134/15

Frau SKB Göbbels bat um Erklärung, warum die Verlegung des DFB-Kleinspielfeldes auf den Schulhof der GGS Weisweiler aufgrund von Vandalismus abgelehnt, gleichzeitig aber der umfangreichen Umgestaltung zugestimmt werden solle. Frau Seeger erklärte hierzu, der von einer Verlegung des DFB-Kleinspielfeldes betroffene Schulhofbereich sei nicht öffentlich zugänglich; der entsprechende Zaun solle Unbefugte am Zugang hindern. Im Übrigen sei ein Kleinspielfeld für Jugendliche weitaus attraktiver als ein Schulhof.

Herr Beigeordneter Kaever erläuterte, die Nutzung des DFB-Kleinspielfeldes in Hehlrath scheitere an Emissionsschutzregelungen und hieraus resultierenden Nachbarschaftsproblemen. Bei einer Verlegung auf den Schulhof der GGS Weisweiler seien ähnliche Probleme zu erwarten. Es finde sich eventuell ein anderer Standort im Ortsteil Weisweiler.

Frau SKB Wiese sprach sich dafür aus, das Kleinspielfeld im Ortsteil Hehlrath zu belassen.

Herr AVors. Schultheis erklärte, der Schulausschuss beschäftige sich mit einer möglichen Verlegung auf den Schulhof der GGS Weisweiler. Alternative Standorte zu bewerten sei Aufgabe des Sportausschusses.

Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig.

Die Mitglieder des Schulausschusses beschließen,

1. der Umgestaltung des Schulhofes an der Gemeinschaftsgrundschule (GGS) Weisweiler durch den Förderverein der GGS Weisweiler e.V. zuzustimmen, sofern hierfür keine Kosten für die Stadt Eschweiler entstehen.
2. das in Hehlrath befindliche DFB-Kleinspielfeld nicht auf das Gelände der GGS Weisweiler zu verlegen.

10 Kenntnissgaben

10.1 Inklusion von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf an weiterführenden Schulen; 126/15

Frau Silbernagel erklärte, die Zusammenarbeit von Regelschul- und Förderschullehrern funktioniere reibungslos. Diese seien in den Lehrkörper integriert und auch die Doppelbesetzung in den Klassen habe sich bewährt. Durch die Änderung der Rechtslage werde eine Reduzierung der Sonderschul-Lehrerstunden begründet. Auch dass das AO-SF – Verfahren von den Eltern initiiert werden müsse bzw. bei den Budgetkindern in GL-Grundschulen gar nicht mehr diagnostiziert werde, zeige bereits Auswirkungen; so sei bei einigen Schülern ein Förderbedarf vorhanden, jedoch nicht diagnostiziert, so dass die adäquate Förderung in weiterführenden Schulen nur mit Verzögerung sichergestellt werden könne.

Frau SKB Göbbels stimmte Frau Silbernagel zu und erklärte, ähnliche Erfahrungen gingen aus dem Bericht der Adam-Ries-Schule hervor.

Frau RM Dickmeis sprach sich für eine Beibehaltung der Doppelbesetzung in den betroffenen Klassen aus. Sie wies zudem darauf hin, dass aufgrund des § 46 IV SchulG NRW diejenigen Klassen, in denen keine GL-Beschulung stattfindet, entsprechend größer seien.

Herr RM Maus bat um Erklärung, warum am Städtischen Gymnasium Eschweiler keine Anmeldung von GL-

Kindern erfolgte. Frau Seeger erläuterte hierzu, die Wünsche der Eltern würden nach Möglichkeit immer berücksichtigt. Am Städtischen Gymnasium Eschweiler würden verschiedene Schüler im Rahmen des GL beschult. Für das neue Schuljahr lägen schlicht keine Anmeldungen vor. Herr Grunewald bestätigte diese Aussage.

Herr Herzog erklärte, der Förderbedarf eines Kindes sei – insbesondere im Förderschwerpunkt „Lernen“ – nicht unbedingt auf Anhieb erkennbar. Daher benötige man die besonderen Fähigkeiten der Sonderpädagogen. Er sprach sich dafür aus, die Kinder und nicht die finanziellen Mittel in den Vordergrund zu stellen.

Frau Schultes-Zartmann bezeichnete die gemeinsame Arbeit mit den Sonderpädagogen als „Errungenschaft, die vermutlich in Zukunft verloren gehe.“ Durch die Änderung der Rechtslage sei eine Verschlechterung der Situation absehbar.

Frau Silbernagel sprach sich für die Beibehaltung des Dialogs im Schulausschuss aus.

Die Mitglieder des Schulausschusses nehmen den in der Verwaltungsvorlage Nr. 126/15 dargestellten Sachverhalt zur Kenntnis.

10.2 Entwicklung der Schülerzahlen an den Grundschulen in der Stadt Eschweiler und Prognose für die Schuljahre 2015/16 bis 2020/21 128/15

Frau RM Dickmeis erklärte, es bestehe kein akuter Handlungsbedarf. Die weitere Entwicklung an der KGS Röhe bedürfe jedoch einer genauen Beobachtung.

Frau SKE Kaleß erklärte, eine erneute Begrenzung der Schülerzahl an der Evangelischen Grundschule Stadtmitte würde sie bedauern, da die Voraussetzungen für eine gute Beschulung gegeben seien.

Herr SKB Müller erläuterte, die damals 2013 getroffene Entscheidung stelle keinen Automatismus dar; vielmehr werde im Einzelfall entschieden.

Frau Seeger erklärte, die in der Anlage zur Verwaltungsvorlage genannte Zahl „22“ stelle die tatsächliche Anmeldezahl dar. Bislang sei keine Begrenzung vorgesehen. Allerdings müsse die Entwicklung für die Folgejahre beobachtet werden.

Herr AVors. Schultheis bat um Ergänzung der Anlage um die Schülerzahlen an den weiterführenden Schulen und Vorlage in einer der folgenden Sitzungen.

Die Mitglieder des Schulausschusses nehmen den in der Verwaltungsvorlage Nr. 128/15 dargestellten Sachverhalt zur Kenntnis.

10.3 Preisverleihung "JugendPlus 2014" 031/15

Die Mitglieder des Schulausschusses nehmen den in der Verwaltungsvorlage Nr. 031/15 dargestellten Sachverhalt zur Preisverleihung „JugendPlus 2014“ zur Kenntnis.

11 Anfragen und Mitteilungen

Es lagen keine weiteren Anfragen und Mitteilungen vor.